

Corona-Massnahmen

Restaurants, Bars und Klubs bleiben zu

Gastronomiebetriebe müssen für die nächsten drei Wochen schliessen. Das hat die Regierung aufgrund der rapide ansteigenden Corona-Fallzahlen entschieden und am Freitag bekannt gegeben. Wirtschaftliche Hilfe wurde ebenfalls angekündigt.

Die Zahlen zeigen, dass sich das Coronavirus mit hoher Geschwindigkeit ausbreitet. Eine Entwicklung, die der Regierung Sorge bereitet, denn sie bedeutet nicht nur eine Gefahr für das Gesundheitssystem, sondern aufgrund der vielen Personen in Quarantäne auch für die Wirtschaft und den ganzen Staat.

Die neusten Massnahmen sind vor allem für die Gastronomie einschneidend. Denn Restaurants, Bars, Klubs und Tanzlokale bleiben für die nächsten drei Wochen für das Publikum geschlossen. Ausgenommen sind Take-aways, Schulmensen, Betriebskantinen, Mahlzeit-Lieferdienste und Restaurationsbetriebe für Hotelgäste. «Wir sind überzeugt, dass wir mit diesem Schritt den aktuellen Trend brechen können», sagte Regierungschef Adrian Hasler am Freitag vor den Medien. Nach wie vor setze die Regierung alles daran, dass nicht so strenge Massnahmen wie im Frühjahr ergriffen werden müssen.

Auch die Konsumation an Veranstaltungen ist untersagt. Wie Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini sagte, hätten Beobachtungen der vergangenen Wochen gezeigt, dass viele Ansteckungen am Tisch passieren. Es hätte Fälle gegeben, in denen das Personal die Gäste ansteckte und umgekehrt. Um die wirtschaftlichen Folgen von direkt betroffenen Betrieben abzufedern, hat die Regierung zusätzliche finanzielle Hilfestellungen angekündigt. (red)



Daniel Oehry
Fraktionssprecher der FDP

Die Solargenossenschaft (SGL) hat 13 spannende Forderungen formuliert, die grundsätzlich zu unterstützen sind. Primär braucht es die Akzeptanz der Bevölkerung, damit dies auch zum nötigen Umdenken führt, um bis 2050 CO₂-neutral zu sein und zu 100 Prozent erneuerbare Energie zu verwenden.

Gemäss Regierung ist der grösste Energienutzer der Bereich Heizen mit 37 Prozent und darum sollen bis 2030 75 Prozent der Ölheizungen «verschwinden»! Daher muss es uns gelingen, dass die Hausbesitzerin oder der Hausbesitzer die bestehende Gebäudehülle saniert, beim Wechsel der Heizung nicht mehr auf Öl setzt und auch bei Neubauten keine Ölheizungen mehr verbaut werden. Primär werden dann Wärmepumpen zum Einsatz kommen und die benötigten Strom.

Diesbezüglich unterstütze ich die Forderung der SGL, dass hier nur Strom aus erneuerbaren Energiequellen eingesetzt werden darf. Somit sauberen Strom kaufen oder durch Fotovoltaik selbst erzeugen. Auch wenn «LiStromNatur» 1 Rp. / kWh mehr kostet, nutzt das Land Liechtenstein diesen zu 100 Prozent und bei den Gemeinden fehlte im Mai 2020 nur noch eine Gemeinde. Der Trend zur erneuerbaren Energie geht in die richtige Richtung und alle können hier einen Beitrag leisten. Ich teile aber leider auch die Sicht der SGL, dass ambitioniert anders aussieht.



Rainer Beck
Stv. Landtagsabgeordnete VU

Ein hehres Ziel, das aus heutiger Sicht nicht so einfach zu erreichen ist. Gemäss Energiestrategie 2030 scheint die Sonnenenergie mit Blick auf die nächsten zehn Jahre das grösste sowie relativ schnell und günstig umzusetzende Potenzial zum Zubau der erneuerbaren Energien im Strombereich zu besitzen. Die Regierung hat dazu eine aktive, aber gleichzeitig auch realistische und damit mögliche Strategie verabschiedet.

Eine Fotovoltaik-Pflicht kann bei Neubauten ein Weg sein, sofern die Voraussetzungen gegeben sind. Auch müssen aus meiner Sicht Kosten und Leistung in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Beispielsweise in Planken, wo die Sonne im Winter je nach Lage erst gegen Mittag die Häuser erreicht, ist eine gute Auslastung der FV-Anlagen schwierig zu erreichen, weshalb eine FV-Pflicht wenig sinnvoll wäre.

Nicht vergessen gehen darf im Hype um die erneuerbaren Energien die sogenannte «Graue Energie», welche für die Herstellung der stromproduzierenden Anlagen benötigt wird, und auch die nicht zu unterschätzenden Aufwendungen für die Entsorgung der Anlagen, wenn sie ihre Nutzungsdauer erreicht haben.

Fotovoltaik-Pflicht und Strom nur noch aus erneuerbaren Energien – was halten Sie davon?

Der Solargenossenschaft Liechtenstein (SGL) geht die von der Regierung vorgestellte Energiestrategie 2030 zu langsam voran. In einem Schreiben mit dem Titel «Energiewende in Liechtenstein» führt die Genossenschaft daher 13 Forderungen auf, **um die Energiewende schneller voranzutreiben**. Unter anderem wird eine Fotovoltaik-Pflicht für Neubauten und die Umstellung des Angebots der LKW auf ausschliesslich erneuerbaren Strom vorgeschlagen.



Thomas Lageder
Landtagsabgeordneter der
Freien Liste (FL)

Beide Fragen können eindeutig mit Ja beantwortet werden, denn es entstehen, wenn überhaupt, kaum zusätzliche Kosten. Strom nur noch aus erneuerbaren Energien ist ein logischer Ansatzpunkt im Rahmen der Energiestrategie 2030 und der Energierevision 2050, um die Energiewende zu schaffen. Einerseits führt das dazu, dass zusätzliche erneuerbare Energie auch international zugebaut wird, und andererseits könnte die LKW, wenn dies die klare Vorgabe ist, auch am Markt attraktive Preise im Einkauf erzielen.

Bei einem Neubau ist es heute schon so, dass es auf die Lebensdauer einer Immobilie gerechnet wirtschaftlicher und günstiger ist, eine Fotovoltaikanlage zu installieren, als das nicht zu tun. Die etwas höheren Anschaffungskosten könnten dabei noch von Land und Gemeinden ausgeglichen werden, sodass es sogar wirtschaftlich wäre, über das Jahr mehr Strom zu produzieren, als für das Gebäude verbraucht wird. Zudem würde das dazu führen, dass für das heimische Gewerbe zusätzliche Aufträge entstehen und das vom Gewerbe erworbene Know-how sogar über den Rhein exportiert werden könnte.

Ich sehe keine Nachteile, sondern nur Vorteile.



Erich Hasler
Mitglied der Demokraten pro
Liechtenstein (DpL)

Die Integration von Fotovoltaikflächen bei Neubauten sollte heute selbstverständlich sein. Die Kosten für die Installation von Fotovoltaik (FV) sind durch die staatliche Förderung jedermann zumutbar. Allerdings werden wir die Versorgungssicherheit mit Solarstrom allein nicht sicherstellen können, da dieser nur tagsüber und abhängig vom Wetter anfällt. Zur Verbesserung der Versorgungssicherheit braucht es noch Wind- und Wasserkraft. Wasserkraft ist die nachhaltigste Form der Energiegewinnung.

Diese Möglichkeit sollten wir uns nicht verbauen, indem allein auf eine Rheinaufweitung anstatt auf Rheinkraftwerke gesetzt wird. Mit einem Energie-Eigenversorgungsgrad von gerade einmal 13 Prozent ist die Energieversorgungssicherheit der eigentliche Schwachpunkt für unser Land und unsere Wirtschaft. Den LKW vorschreiben zu wollen, nur mehr erneuerbaren Strom anzubieten, finde ich nicht den richtigen Weg. Ist die Nachfrage nach erneuerbarem Strom vorhanden, werden die LKW von sich aus versuchen, das Angebot an erneuerbarem Strom zu erhöhen.

Wichtig ist, dass erneuerbarer Strom im Inland produziert wird und nicht im Ausland. Werden in einigen Jahren im Winter Stromengpässe auftreten, dann wird jedes Land in erster Linie für sich schauen und nicht auf andere.



Ado Vogt
Landtagsabgeordneter
der Unabhängigen (DU)

Ich kann verstehen, dass die Solargenossenschaft Forderungen stellt. Es darf aber nicht vergessen werden, dass die Stromproduktion und der Stromverbrauch nicht gleichermassen anfallen. Hier zu stark auf die Fotovoltaik zu setzen, halte ich für problematisch. Eine zu einseitige Förderung eines Energieträgers führt zu falschen Anreizen und schädigt langfristig eine Volkswirtschaft. Von Zwangsmassnahmen halte ich als liberaler Politiker sowieso nicht viel.

Führt zu falschen Anreizen,,

An erster Stelle steht für mich die Versorgungssicherheit mit Energie. Insofern kann ich den Ansatz, die Stromproduktion zu diversifizieren und die Selbstversorgung zu stärken, nachvollziehen. Ich habe mehrfach erwähnt, dass man ein Rheinkraftwerk zumindest in die Überlegungen miteinbeziehen sollte.